

Chantal Mouffe und die Institutionenfrage

Stefan Wallaschek*

Schlüsselwörter: Chantal Mouffe, Institutionen, agonale Demokratietheorie, radikale Demokratie, materialistische Staatstheorie

Abstract: Radikale Demokratietheorien gehören zu den meist diskutierten Ansätzen jüngerer Demokratietheorie. Eine ihrer zentralen VertreterInnen ist Chantal Mouffe. Sie plädiert für eine agonale Demokratietheorie und denkt das Politische als nicht zu befriedenden Konflikt. Institutionen in westlich-liberalen Demokratien sollen die Antagonismen in Agonismen transformieren. Jedoch bleibt bei Mouffe unklar, was sie unter Institutionen versteht, woraus sich eine Leerstelle in ihrem demokratietheoretischen Ansatz ergibt. Dadurch, dass Mouffe die institutionellen Arrangements nicht thematisiert, unterschätzt sie, den inhärent konflikthaften und agonalen Charakter von Institutionen. Mit Verweis auf die materialistische Staatstheorie wird aufgezeigt, wie sich diese Leerstelle in Mouffes Ansatz füllen und sich damit die Agonalität von Institutionen theoretisieren lässt.

Abstract: Theories of radical democracy are one of the most discussed approaches in current theories of democracy. One of the most important proponents is Chantal Mouffe. She is pleading for an agonistic democracy theory and imagines the political as a non-reconcilable conflict. These antagonistic conflicts are channeled through institutions into agonisms in western-liberal democracies. However, it remains unclear, what institutions are and how she defines them. In fact, it is argued that Mouffe does not address institutional settings in greater detail which creates a gap in her approach. As a result, she underestimates the inherent conflictual and agonistic character of institutions. By referring to the neo-poulantzian analysis of the state, the aim is fill this theoretical gap in Mouffe's approach in order to theorize the agonistics of institutions.

Chantal Mouffes Arbeiten haben die Politische Theorie der letzten Jahre maßgeblich beeinflusst und wurden unter verschiedenen Gesichtspunkten kontrovers diskutiert (vgl. Beckstein 2011; Flügel-Martinsen/Marchart 2014; Hildebrand/Séville 2015; Nonhoff 2007; Priester 2012). Gerade mit ihrem Ansatz der agonalen Demokratie hat sie einen zentralen Impuls für die Kritik an konsensorientierten, deliberativen Demokratietheorien gegeben (vgl. Flügel-Martinsen 2013).¹

* Stefan Wallaschek, M.A., Universität Bremen, Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS)
Kontakt: wallaschek@bigsss.uni-bremen.de

1 Frühere Textversionen wurden im Kolloquium der AG Politische Theorie der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft (DNGPS) sowie im Bremer Kolloquium zur Politischen Theorie vorgestellt. Ich danke allen Teilnehmenden, und insbesondere Christian Leonhardt, Martin Non-

Ich werde im Folgenden einen Aspekt in Mouffes Ansatz näher beleuchten, der bisher, mit wenigen Ausnahmen (vgl. Jörke 2004: 181 f.; Stäheli 2009: 277 f.), kaum durchdacht wurde, der für ihr Verständnis agonaler Demokratietheorie aber zentral ist: *Die Rolle und Funktionsweise von (demokratischen) Institutionen für die Kanalisierung und Artikulation von Konflikten*. Für Mouffe sind Institutionen wichtig, um unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen zu lassen, Alternativen und Gegenhegemonien zur gegenwärtigen Hegemonie zu formulieren und damit den *agonistischen* Konflikt austragen zu können. Doch was sind in Mouffes Verständnis Institutionen?

Radikaldemokratische Theorien proklamieren, Demokratie neu zu denken und diese aus ihrem starren (liberalen) Institutionengebäude zu heben, was ihnen den Vorwurf des „institutional deficit“ (Howarth 2008: 189) eingebracht hat. Mouffe denkt Demokratie jedoch weder anti-institutionell noch will sie die parlamentarische Demokratie abschaffen. Meine These ist hingegen, dass Mouffe keinen spezifischen Institutionenbegriff hat, sie Institutionen also nicht für ihren theoretischen Ansatz durchdenkt. Diese Leerstelle führt zu Unklarheiten in Mouffes Ansatz. Wie ich argumentieren werde, ist es die *Agonalität* von Institutionen selbst, die beachtet werden sollte.

Um der Agonalität von Institutionen zu begegnen und den Mouffe'schen Ansatz zu ergänzen, werde ich die neo-poulantzianische Staatsanalyse heranziehen, deren Einsichten darlegen und zeigen, wie diese für die agonale Demokratietheorie genutzt werden können. Meine These ist hier, dass dieser Ansatz für Mouffes Demokratietheorie fruchtbar gemacht werden kann, weil er einerseits den Fokus auf relationale Kräfteverhältnisse im Staat legt (vgl. Jessop 2006; Kannankulam/Georgi 2014; Poulantzas 2002) und damit eine konfliktive Perspektive auf Institutionen einnimmt, die Mouffes Ansatz teilt. Andererseits beziehen sich beide Ansätze auf den Hegemoniebegriff nach Gramsci. Während er bei Mouffe in ihren jüngeren Arbeiten eher wenig theoretisiert wird, spielt er in den aktuellen Arbeiten der neo-poulantzianischen Staatsanalyse eine wichtigere Rolle und wurde noch weiter ausbuchstabiert (vgl. Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014).

Die vielfache Rezeption Mouffes in der (deutsch-sprachigen) Politischen Theorie (vgl. Flügel-Martinsen/Marchart 2014; Jörke 2004; Nonhoff 2007) legt es nahe, sich eingehender mit Mouffes Arbeiten der jüngeren Vergangenheit auseinanderzusetzen. Mit der Fokussierung auf Mouffe kann auch den zuletzt herausgearbeiteten Unterschieden zwischen Ernesto Laclau und Mouffe Rechnung getragen werden (vgl. Hildebrand/Séville 2015).

Der Artikel ist wie folgt strukturiert: Zuerst skizziere ich Mouffes agonale Demokratietheorie. Danach gehe ich auf ihr Institutionenverständnis ein und entwickle daraus die Kritik, dass Mouffe Institutionen zu unspezifisch konzeptualisiert und dies zu theorieinternen Problemen führt. Im darauffolgenden Teil werde ich auf die neo-poulantzianische Staatsanalyse eingehen, deren zentrale Erkenntnisse darlegen und beleuchten, wie sich dieser Ansatz im Hinblick auf Institutionen in die agonale Demokratietheorie integrieren lässt. Ich schließe mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick über weitere Ansatzpunkte zur Theoretisierung agonaler Institutionen.

1. Agonale Demokratietheorie: Vom Antagonismus zum Agonismus

Dem Mouffe'schen Ansatz geht es um antagonistische Machtverhältnisse in Gesellschaft und Politik. Das Politische ist Ausdruck kontingenter antagonistischer Verhältnisse, die die Gesellschaften kennzeichnen und nie gänzlich verschwinden. Die Demokratietheorie nach Mouffe begreift antagonistische Konflikte in der Gesellschaft als zentrales Merkmal des Politischen. Sie wendet sich gegen jeden Universalismus und Essentialismus (vgl. Mouffe 2010: 27) wobei sie jedoch, wie Oliver Flügel-Martinsen (2013: 339) einwendet, mit ihrer Grundüberlegung der „konflikthaften Verfasstheit von Gesellschaft“ selbst einer „Essentialisierung von Konflikten“ erliegen könnte.² Trotz dieses Einwandes kann Mouffes Ansatz mit Oliver Marchart (2013: 11) als „postfundamentalistisches Denken des Politischen“ bezeichnet werden, da keine letztgültigen Gründe genannt werden und jede Anführung von Gründen stets als kontingent und eingebettet in Konflikte um Hegemonie gesehen wird.

Die Konflikte basieren auf einer ontologischen *Wir/Sie-Unterscheidung*, die als widerstreitend und unversöhnlich verstanden wird. Das Gegenüber ist antagonistisch gesehen ein *Feind*, der potentiell auch vernichtet werden könnte. Mouffe reduziert jedoch ihr Antagonismusverständnis nicht auf die Freund-Feind-Unterscheidung, wie man sie bei Carl Schmitt findet. Nach Mouffe gibt es diverse Antagonismusverhältnisse, weswegen sie mit Schmitt gegen Schmitt denkt (vgl. Mouffe 2000: 36–59; 2010: 17–28). Mouffe stimmt Schmitts Diagnose der Unvereinbarkeit von Liberalismus und Demokratie zu. Diese Unvereinbarkeit interpretiert sie allerdings in ein Spannungsverhältnis um, welches nicht, wie Schmitt argumentiert, zugunsten einer *identitären Demokratie* mit *homogenem Volkskörper* transformiert werden sollte. Mouffe betont vielmehr die pluralistischen und heterogenen Elemente moderner Gesellschaften, welche für demokratische Politik entscheidend seien. Schmitts vorpolitische Überlegungen zum Freund-Feind-Antagonismus lehnt sie rundweg ab. Das genannte Spannungsverhältnis aus Liberalismus und Demokratie betrachtet sie als nicht zu tilgenden Konflikt zwischen Freiheit und rechtlicher Inklusion (Liberalismus) sowie Gleichheit und politischer Exklusion (Demokratie) (vgl. Mouffe 2000).

Die antagonistische Grundstruktur des Politischen versucht sie durch ihren Verweis auf die Errungenschaften von westlich-liberalen Demokratien und ihren Institutionen zu minimieren und entwickelt ihr Konzept des Agonismus. Im Gegensatz zu Antagonismus heißt Agonismus bei Mouffe *Gegnerschaft*. GegnerInnen wollen nicht das Gegenüber oder die politische Ordnung in Gänze eliminieren. Die Gegnerschaft ist vielmehr legitimer Bestandteil der demokratischen Ordnung. Dabei gilt es friedlich und ohne Anwendung von Gewalt um die verschiedenen Interpretationen und Deutungen im demokratischen Diskurs sowie um die Formierung der Demokratie selbst zu ringen (vgl. Mouffe 2000: 101 ff.). Der Dissens aus unterschiedlichen Positionen ist schließlich Voraussetzung dafür, dass es in der Politik nur zu einem „conflictual consensus“ (Oppelt 2014b: 271) kommen kann. Unter Politik (*politics*) versteht Mouffe die konkreten Handlungen, Diskurse und Institu-

2 Symptomatisch essentialistisch formuliert Mouffe (2007: 43, Hervorhebung d. A.): „Worum es also *wirklich* geht, ist die *Notwendigkeit*, die Dimension der Macht und des Antagonismus anzuerkennen und ihre *Unauslöschlichkeit* zu akzeptieren“. Im Interview mit Martin Oppelt weist sie diesen Vorwurf zurück, weil ihre ontologische Prämisse keinen Essentialismus impliziere (vgl. Oppelt 2014b).

tionen, die die politische Ordnung konstituieren und in denen der *konfliktive Konsens* etabliert wird. Dieser Konsens ist dabei nur vorläufig, relativ stabil und besitzt stets einen exklusiven Charakter (vgl. Mouffe 2000: 101 ff.). Der Konsens kann auch als Hegemonie bezeichnet werden, die stets von gegenhegemonialen Projekten herausgefordert werden kann. Diese Verhältnisse kennzeichnen „eine lebendige ‚agonistische‘ Sphäre des öffentlichen Wettstreits“ (Mouffe 2010: 10) in westlich-liberalen Demokratien. Mouffe argumentiert daher für die Beförderung eines „agonalen Pluralismus“ (Mouffe 2000: 12 ff., 101 f.).

Konsens und Pluralismus in Mouffes agonaler Demokratietheorie basieren auf zwei Schranken, die ich im Folgenden als normative Schranke und institutionelle Schranke bezeichne. Diese bilden den Rahmen für die agonale Demokratie, in welchem dann Dissens über die Bedeutung und konkrete Ausgestaltung liberaler Demokratie ausgetragen werden kann. Diese Schranken verstehe ich als Grenzziehungen, die Mouffe vornimmt, um die agonale Demokratietheorie nicht vollkommen offen und flexibel zu denken. Die Demokratie als politische Herrschaftsform sowie konkrete demokratische Prozeduren benötigen bei Mouffe diese zwei Grenzziehungen, damit der Agonismus einerseits geschaffen und andererseits praktisch umgesetzt werden kann.

Die *institutionelle Schranke* westlich-liberaler Demokratien sieht sie als wichtig an, um Artikulationsmöglichkeiten für divergierende Positionen zu gewährleisten; ansonsten könnten Antagonismen entstehen, die das demokratische System zerstören würden. Weder die Zerstörung gegenwärtig existierender demokratischer Institutionen noch die vollständige Verlagerung politischen Handelns jenseits dieser Institutionen sind für Mouffe gangbare Wege. Vielmehr befürwortet sie den *Gang durch die Institutionen* – „it is possible to work through these institutions“ (Hansen/Sonnichsen 2014: 266).

Mouffe formuliert einen „call for a radicalization of liberal democratic institutions“ (Oppelt 2014b: 264), welche die Voraussetzung dafür wäre, eine pluralistische Politik zu betreiben. Dabei plädiert sie für eine Verknüpfung von parlamentarischer Praxis und außerparlamentarischen Bewegungen. Nicht *entweder-oder* sondern *sowohl-als-auch* ist nach Mouffe der richtige Ansatzpunkt für ihre politische Vision einer radikalen Demokratie und die Artikulation von Forderungen und gegenhegemonialen Strategien.³ Sie steht sozialen Bewegungen wie der *M15-Bewegung* in Spanien oder *Occupy Wall Street* kritisch gegenüber, weil diese die Repräsentationsfunktion von Demokratien in Frage stellen. Mouffe spricht sich hingegen dafür aus, sich zu engagieren, um wieder politisch repräsentiert zu werden, und nicht nur Politik auf der Straße oder den Plätzen zu machen (Mouffe 2013: 65–84). Oder wie sie bemerkt: „[O]ne cannot imagine democracy without representation“ (Oppelt 2014b: 264). Der formale Rahmen liberaler und repräsentativer Demokratie soll demnach anerkannt werden und die substanzielle Ausgestaltung obliegt den jeweiligen politischen Akteuren und deren hegemonialen Strategien. Trotz des missverständlichen Rufes nach einer *radikalen* Demokratie fordert Mouffe demnach keine Neubegründung politischer Ordnung, da sie eher in einer schrittweisen Veränderung von Diskursen die Möglichkeit für Verbesserungen sieht (vgl. Mouffe 2010: 46; Priester 2012: 113). Rzepka und Straßenberger (2014) haben diesbezüglich dargelegt, dass Mouffe zent-

3 Die Begriffe agonale und radikale Demokratie sind nicht deckungsgleich. Vielmehr handelt es sich bei der „agonalen Demokratie“ um ein theoretisch-analytisches Konzept, welches nicht selbst politisch verortet werden kann. „Radikale Demokratie“ hingegen ist die konkrete politische Artikulation der „Radikalisierung des Pluralismus von Demokratie“, welche Mouffe nachdrücklich unterstützt (Oppelt 2014b: 265 f.).

rale Momente eines „konfliktiven Liberalismus“ mit Theoretikern wie Michael Walzer oder Alexis de Tocqueville teilt (vgl. kritisch dazu Hildebrand/Séville 2015: 36) und sich damit theoretisch im Rahmen westlich-liberaler Demokratien bewegt.⁴

Die *normative Schranke* zielt darauf ab, die Ideale *Gleichheit und Freiheit für alle* als unhintergebar zu formulieren.⁵ Sie bilden gewissermaßen die Balibar'sche *Gleichfreiheit* (2012), die als alte und neue Imaginationsfläche für agonale und demokratische Politik steht. Die Verwirklichung dieser Ideale ist jedoch nicht konfliktfrei zu erhalten. Sie stehen vielmehr in einem Spannungsverhältnis, welches sich im Konflikt zwischen Liberalismus und Demokratie ausdrückt: liberale Freiheit versus demokratische Gleichheit. Hinter diese Setzung dürfe nichts zurückfallen und beide Ideale könnten nur in westlich-liberalen Demokratien gewährleistet werden (vgl. Mouffe 2010: 45). Diese würden die Ideale aber nicht von selbst implementieren. Vielmehr müssten die Ideale durch ihre Formulierung erst gefordert und in die Praxis umgesetzt werden. Wie die konkrete Gewährleistung des ethisch-politischen Rahmens jedoch aussieht, bleibt unklar (vgl. Oppelt 2014a: 258). Auch wenn Mouffe die Grenzziehung ins Politische verlagert, kann doch gefragt werden, wer *alle* in *Gleichheit und Freiheit für alle* umfasst und wie lang der selbstgesetzte demokratische Rahmen immer noch erfüllt ist, obwohl das *alle* möglicherweise nur noch eine kleine Gruppe abbildet. Aus der Mouffe'schen Theorie heraus lässt sich das *alle* jedenfalls nicht näher bestimmen. Jede kategoriale Setzung würde den ontologischen Prämissen widersprechen und die offene Austragung des *Wir/Sie-Konflikts* vorbestimmen. Festzuhalten bleibt demnach, dass die Grenzen des Pluralismus umkämpft und kritikwürdig sind (vgl. Hansen/Sonnichsen 2014: 269).

Wie sich zeigt, baut die institutionelle Schranke auf der normativen Schranke auf (aber nicht umgekehrt). Indem die unhintergebaren Ideale Gleichheit und Freiheit formuliert werden, leiten sie die Transformation vom Antagonismus zum Agonismus an. Nicht ungleiche Feinde stehen sich im politischen Kampf gegenüber, die sich gegebenenfalls vernichten, sondern GegnerInnen. Diese akzeptieren das normative Fundament der *Gleichheit und Freiheit für alle* und streiten um deren Ausgestaltung. Die politische Auseinandersetzung findet demnach in (demokratischen) Institutionen statt.

Das heißt auch, dass Mouffes agonale Demokratietheorie weder die Institutionen, noch die normativen Schranken der gegenwärtigen Demokratie antastet. In dieser Hinsicht betont sie den konfliktiven Konsens als Basis für ihren agonalen Demokratieansatz:

„Notwendig ist ein Konsens über die für die Demokratie konstitutiven Institutionen und über die ‚ethisch-politischen‘ Werte, die das politische Gemeinwesen konstituieren – Freiheit und Gleichheit für alle –, doch wird es immer Meinungsverschiedenheiten über deren Bedeutung und die Art und Weise ihrer Verwirklichung geben“ (Mouffe 2010: 43).

4 Auch wenn Rzepka und Straßenberger aufzeigen, welche Schnittpunkte Mouffe und liberale Konflikttheoretiker haben, klammern sie doch Mouffes Kritik am methodologischen Individualismus des Liberalismus vollständig aus. Mouffe wirft dem Liberalismus vor, keine „kollektiven Identitäten an[zuerkenn]en“ (Mouffe 2010: 17 ff.; 2013: 3 f.) und die konstitutive *Wir/Sie*-Unterscheidung zu negieren (siehe auch schon Mouffe 1993). Damit ist sie eine weniger liberale Theoretikerin als Rzepka und Straßenberger es ihr unterstellen.

5 Hier sei nur knapp darauf verwiesen, dass sich Mouffe zwar auf Freiheit und Gleichheit als normative Ideale bezieht, Solidarität aber als drittes Konzept der aufklärerischen Trias an keiner Stelle erwähnt wird. Mouffe scheint diese Auslassung auch nicht zu rechtfertigen. Hingegen kritisiert sie Ulrich Beck und Anthony Giddens für deren „Individualisierungsthese“ und deren Nicht-Denken von Solidarität (vgl. Mouffe 2010: 65 f.).

Es scheint demnach, als müsste man die demokratischen Institutionen erhalten, die formulierten Ideale von Freiheit und Gleichheit anstreben und Artikulationskanäle für Antagonismen schaffen, um ein funktionierendes agonales und plurales Demokratiemodell umzusetzen. Nach der kurzen Darstellung von Mouffes Demokratietheorie und der Darlegung ihrer zwei Schranken (Institutionenerhalt und unhintergehbare Freiheit und Gleichheit für alle) für westlich-liberale Demokratien, wende ich mich nun ihrer ersten Schranke zu.

2. Institutionen in der agonalen Demokratietheorie

Chantal Mouffe verwendet den Begriff ‚Institutionen‘ häufig und in Bezug auf verschiedene Sachverhalte. So sind der IWF und die WTO ebenso Institutionen (Mouffe 2010: 119) wie sie allgemein von „politischen“, „sozialen“ oder „liberal-demokratischen Institutionen“ spricht (Mouffe 2000: 4; 2010: 37; 2013: 2). An einer Stelle spricht sie auch von der Trennung von Kirche und Staat, sowie von der Gewaltenteilung als genuin liberale Institutionen, die es zu bewahren gilt (Mouffe 1993: 105). Sie schreibt zwar, dass auch die Verfasstheit „dieser [für die demokratische Gesellschaft konstitutiven, Anmerkung d. A.] Institutionen Teil der agonistischen Diskussion“ sei (Mouffe 2010: 158) und Institutionen agonial-plural organisiert sein sollten (vgl. Mouffe 2010: 169 f.). Was das aber genau bedeutet, bleibt offen, wodurch ihr Institutionenverständnis eher vage erscheint.

Man könnte einwenden, dass Institutionen bei Mouffe zwar erwähnt werden, aber keine zentrale Rolle spielen, weil sie sich schließlich auf die ontologische Ebene konzentriert. Politik mit ihren Institutionen, Praktiken und Diskursen verortet sie auf der ontischen Ebene und hält schließlich fest, dass Politik eher für die empirisch-orientierte Politikwissenschaft interessant sei. Sie als politische Theoretikerin widme sich hingegen vor allem dem Politischen, wobei sie sich gerade in *Über das Politische* mehrfach mit der ontischen Ebene auseinandersetzt (vgl. Mouffe 2010: 15 f.).

Nun führt dies zu zwei Problemen: *Erstens* ereignet sich in der Politik die Auseinandersetzung um das Politische und es stellt sich die Frage, wie das Politische die Politik beeinflusst und welche Auswirkungen dies auf die Politik hat. Wie sieht Politik aus, wenn sie durch eine agonale Konfrontation geformt ist? Mouffe muss daher auf bestimmte institutionelle Rahmungen eingehen, was sie schließlich mit der institutionellen Absicherung liberaler Demokratien proklamiert (siehe oben). *Zweitens* kommt der ontischen Ebene eine zentrale Rolle zu, wenn es um die Transformation vom Antagonismus in den Agonismus und damit das Verhindern einer antagonistischen Konstellation geht. Politik spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle, weswegen der Verweis auf die empirisch Forschenden, die „nach den ‚Fakten‘ der Politik fragen“ (Mouffe 2010: 15), zu kurz gegriffen ist.

Nachfolgend konzentriere ich mich auf ihr Verständnis *demokratischer* Institutionen, da Institutionen einerseits eine zentrale Stellung in gegenwärtigen westlich-liberalen Demokratien einnehmen.⁶ Andererseits spielen sie in Mouffes Ansatz insbesondere bei der Transformation von antagonistischen in agonistische Konflikte eine maßgebliche Rolle.

6 Mouffe setzt sich auch mit Fragen internationaler Politik auseinander (vgl. insbesondere Mouffe 2010: 118–155; Mouffe 2013: 19–64) und hat hierzu bereits einige Diskussionen angestoßen, vgl. Kapoor (2002); Tambakaki (2009); Tsakatika (2007).

Allgemein auf den demokratischen Staat bezogen, kritisiert Mouffe liberale Vorstellungen von der „Neutralität des Staates“ oder „neutralen Verfahrensweisen“ Politik zu betreiben (Mouffe 2010: 47, 71). Vielmehr sei der Staat von Machtkonstellationen, hegemonialen Kämpfen und dem Ringen um verschiedene Versionen demokratischer Politik bestimmt. Jede hegemoniale Ordnung könne durch „kontrahegemoniale Verfahrensweisen“ herausgefordert werden (Mouffe 2010: 27). Ebenso steht sie der Anti-Staatsrhetorik sozialer Bewegungen wie den *Indignados* in Spanien, die Politik jenseits des Staates und dessen Institutionen betreiben wollen, kritisch gegenüber (Mouffe 2013: 118 f.). In Mouffes Ansatz bleibt offen, wie genau die Machtkämpfe und hegemonialen Projekte in den Staat und dessen Institutionen eingeschrieben sind. Verändern Hegemonieprojekte den Staat und die liberal-demokratischen Institutionen und müssen diese bei jeweils anderen Hegemoniekonstellationen neu gedacht werden? Wie ist das politische Feld der Institutionen strukturiert, welches von Hegemonie und Gegenhegemonie gekennzeichnet ist? Auffällig ist, dass Mouffes Beschreibung, wie eine agonale Demokratie vor dem Umkippen in eine antagonistische Politik bewahrt werden kann, sehr knapp ausfällt. In *The democratic paradox* und sehr ähnlich auch in *Über das Politische* (Mouffe 2010: 30) schreibt sie:

„[T]he aim of democratic politics is to transform antagonism into agonism. This requires providing channels through which collective passions will be given ways to express themselves over issues which, while allowing enough possibility for identification, will not construct the opponent as an enemy but as an adversary“ (Mouffe 2000: 103, Hervorhebung d. A.).

Welche Kanäle, durch die sich Leidenschaften frei entfalten lassen und damit Identifikation schaffen können, meint Mouffe genau? Welche Kanäle sind es, die politische Feinde zu GegnerInnen machen? Ein erster Ansatzpunkt zur Klärung der Fragen könnte ihre institutionelle Absicherung und ihr Appell an die Linke sein, am parlamentarischen System zu partizipieren. Emphatisch erinnert sie Teile der Linken daran, dass ein Rückzug aus dem Parlament oder gar die Bekämpfung des parlamentarischen Systems einen Antagonismus herstelle, der kontraproduktiv sei:

„Wenn parlamentarische Institutionen zerstört oder geschwächt werden, verschwindet die Möglichkeit einer agonistischen Konfrontation und wird durch ein antagonistisches Wir/Sie ersetzt. Man denke etwa an das Beispiel Deutschlands und an die Art und Weise, in der die Juden mit dem Zusammenbruch der parlamentarischen Politik zu einem antagonistischen ‚Sie‘ wurden. Die Gegner der parlamentarischen Demokratie der Linken täten gut daran, über dieses Beispiel nachzudenken!“ (Mouffe 2010: 33 f.).

Parlamente sind etablierte politische Institutionen, die für eine repräsentative Demokratie unverzichtbare Orte politischer Entscheidungen darstellen. Ohne Parlamente drohe eine antagonistische Konfrontation, weil es dann keine Artikulationskanäle gebe (vgl. Mouffe 2010: 33). Parlamente in liberalen Demokratien charakterisiert Mouffe (1993: 130) wie folgt:

„[W]e have to see parliament not as the place where one accedes to truth, but as the place where it ought to be possible to reach agreement on a reasonable solution through argument and persuasion, while being aware that such agreement can never be definitive and that it should always be open to challenge.“

Für eine Demokratie müssten Parlamente im Besonderen und politische Institutionen im Allgemeinen eine breite Unterstützung von der Bevölkerung erhalten und ein Zugehörigkeitsgefühl erzeugen.

„[W]hat is really at stake in the allegiance to democratic institutions is the constitution of an ensemble of practices that make possible the creation of democratic citizens. This is not a matter of *rational justification* but of *availability* of democratic forms of individuality and subjectivity“ (Mouffe 2000: 95, Hervorhebung im Original; ähnlich auch schon Mouffe 1993: 151).

Erodiert diese Identifikation durch Politikverdrossenheit, das Verschwimmen von politischen Alternativen und durch das (weitere) Sinken der Wahlbeteiligung, stünde nach Mouffe die gesamte politische Ordnung in Frage.

Die Unterscheidung in Regierung und Opposition ist konstitutiv für parlamentarische Systeme, weswegen das Parlament prädestiniert dafür sei, verschiedene politische Projekte zu repräsentieren und den WählerInnen zur Abstimmung zu stellen (vgl. Mouffe 2010: 157). Nur die Integration in bestehende politische Institutionen und Rechtsverfahren könne Konflikte *bändigen*. Institutionen müssten nur richtig genutzt werden, um Konflikte darzulegen und bestehende Hegemonien durch Gegenhegemonien herauszufordern:

„Das Modell der Gegnerschaft ist als für die Demokratie konstitutiv anzusehen, weil es demokratischer Politik die Umwandlung von Antagonismus in Agonismus erlaubt. Mit anderen Worten: Es hilft uns, die Möglichkeiten anzuvisieren, wie die Dimension des Antagonismus ‚gezähmt‘, wie mit Hilfe der Errichtung von Institutionen und formellen Rechtsgrundlagen der potentielle Antagonismus in agonistische Weise ausgetragen werden kann“ (Mouffe 2010: 30).

Demokratischen Institutionen schreibt Mouffe vor allem eine Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion zu, da sie keinen Unterschied zwischen den geäußerten politischen Positionen machen würden und demnach *relativ* widerstandslos oder störungsfrei zu funktionieren scheinen. Anstatt anzunehmen, dass Institutionen strukturiert sind und sich durch verschiedene sedimentierte Konflikte formen und verändern, scheinen bei Mouffe Institutionen keine maßgeblichen internen Strukturen aufzuweisen. Zwei Aspekte sind hierfür besonders beachtenswert: *Erstens* Mouffes Nicht-Thematisierung von internen Konflikten in Institutionen und *zweitens* ihre geringe Auseinandersetzung mit zentralen Institutionen in westlich-liberalen Demokratien.

Erstens spricht sie, wenn von Institutionen die Rede ist, nicht von *internen* Machtkämpfen, von Konflikten, die die Institution kennzeichnen oder von strukturellen Unterschieden, die sich spezifisch in Institutionen äußern und die demokratischen Diskurse beeinflussen und verändern. Diese Nicht-Thematisierung macht schließlich das irritierende Moment in Mouffes Institutionenverständnis aus. Wenn sie schreibt, „to make room for dissent and to foster the institutions in which it [the democratic contestation, Anmerkung d. A.] can be manifested is vital for a pluralist democracy“ (Mouffe 2000: 105), dann stehen Konflikte zwischen GegnerInnen ohne Zweifel im Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Diesbezüglich müsste Mouffe auf Widerstände und Störungen in den Institutionen und im demokratischen und agonalen Diskurs eingehen, um die Machtkonstellationen und Kämpfe um die Hegemonie zu erklären. Die Demokratie, ihre Prozeduren und ihre Institutionen selbst müssten Gegenstand und Teil der demokratischen Auseinandersetzung sein. Es scheint, dass Mouffe vor allem der inner-institutionellen Ebene kaum Beachtung schenkt. So schreibt sie zum Prinzip der *Gleichheit und Freiheit für alle*, dass es stets konfligierende Interpretationen darüber geben wird, wie das Prinzip umzusetzen sei (Mouffe 1993: 114). Jenseits der Konfliktkonstellation Regierung und Opposition, der Mouffe viel Beachtung schenkt, und in der um verschiedene politische Projekte gerungen werden soll, wird das weitere institutionelle Gefüge mit seinen Regeln, Mechanismen und Ordnungen wenig thematisiert.

Zweitens stützt sich Mouffe in ihrer agonalen Demokratietheorie zwar auf Parteien und das Parlament als Orte der Konfliktaustragung. Jedoch werden diese von ihr zu vage theoretisiert. Obendrein werden andere (demokratische) Gewalten in ihrem Ansatz kaum betrachtet, obwohl sie ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Neben dem Parlament als Institution und der öffentlichen Sphäre scheinen es vor allem Parteien zu sein, die Mouffe als Institutionen begreift und insbesondere im Hinblick auf rechtspopulistische Entwicklungen genauer analysiert (vgl. Mouffe 2010: 87–100). Sie verteidigt die Parteienrelevanz gegen Einwände, soziale Bewegungen wären die eigentlichen Akteure, durch die Politik artikuliert und gemacht würde. Stattdessen, so Mouffe, könnten durch Parteien verschiedene hegemoniale Projekte geäußert und schließlich auch umgesetzt werden. Da Parteien anhand der Links-Rechts-Ideologie agieren würden⁷, könnten Politikveränderungen und die Neuordnung der Machtverhältnisse nur mit Hilfe von Parteien erfolgen. Es sollte zwar eine Kopplung von sozialen Bewegungen und Parteien geben, doch schlussendlich seien nur Parteien in der Lage, die hegemoniale Ordnung grundlegend in Frage zu stellen und ein alternatives Projekt umzusetzen (vgl. Mouffe 2010: 42 ff.; 2013: 75, 110 ff.).

Interessanterweise wird Mouffe (und Laclau) vorgeworfen, dass sie soziale Bewegungen überstilisieren und Parteien als *Politikdinos* ansehen würden (vgl. Priester 2012: 114). Doch diese Kritik greift fehl. Vielmehr offenbart sich an Mouffes Ausführungen ein recht vereinfachtes Verständnis von Parteien, von deren Strukturen und Machtverhältnissen sowie von der Kopplung aus Partei und Fraktion im Parlament. Zu den Protesten in Spanien und Griechenland zu Beginn der Zweitausendzehner Jahren schreibt sie beispielsweise (2013: 119 f., Hervorhebungen d. A.):

„If so many people, not only among the youth but across the whole population, are now taking to the street, it is because they have lost faith in traditional parties and they feel that their voices cannot be heard through *traditional political channels*. [...] What they demand are better, more inclusive forms of representation. To satisfy their desire for a ‚voice‘, *existing representative institutions have to be transformed and new ones established*, so as to create the conditions for an agonistic confrontation where the citizens would be offered real alternatives. Such a confrontation requires the emergence of a genuine left able to offer an alternative to the social liberal consensus dominant in centre-left parties.“

Ihre Forderung nach einem Engagement in alten und neuen Parteien bedenkt weder die bestehenden Strukturen von Institutionen noch die Hürden für eine Gründung und Etablierung neuer (linker) Parteien. Die Bedingungen dieser Alternativen in den existierenden Institutionen scheint sie kaum zu reflektieren.

Mouffes Forderung scheint eine Art Stufenmodell politischen Engagements zugrunde zu liegen, nach dem der Unmut zunächst auf der Straße geäußert werden soll (1), und die Akteure des Protests sich dann in sozialen Bewegungen engagieren, um Druck auf Politik und Parteien auszuüben (2). Daraufhin sollten die Menschen Parteien beitreten, um politische Alternativen zur gegenwärtigen Hegemonie zu artikulieren (3). Schließlich müssten die geforderten Alternativen im Parlament geäußert und nach der Parlamentsabstimmung umgesetzt werden (4).

Parteien scheinen bei Mouffe ebenfalls Institutionen zu sein, welche kaum strukturiert sind und Rahmungen darstellen, die entweder mit (neuem) Inhalt gefüllt werden können

7 Mouffe versteht *links* und *rechts* als kontingente politische Verortungen, die keinen festen Inhalt aufweisen. Sie stimmt jedoch Norberto Bobbio zu, der den zentralen Unterschied zwischen beiden politischen Lagern an unterschiedlichen Politiken der Umverteilung festmacht (vgl. Mouffe 2010: 156).

oder gegründet werden sollen. Sobald sich Personen und Gruppen äußern, können sie die Institutionen *erobern* und für ihre Ziele nutzen. Forderungen und Kritik aus den sozialen Protestbewegungen müssten nur vehement artikuliert und personell vertreten werden, und dann würden die Parteien darauf reagieren. Politische Widerstände zwischen verschiedenen Flügeln in einer Partei, inner-institutionelle Widerstände zwischen Partei und Parlamentsfraktion oder bereits existierende Hegemonien (personell, inhaltlich, strukturell) in den Institutionen scheint es kaum zu geben. Ihre oben beschriebene Idee einer agonalen Demokratietheorie als sowohl bewegungs- als auch parteiorientiert, hat damit nicht nur eine gewisse Schlagseite hin zu Parteien, sondern basiert auf einem zu simplen Parteienverständnis.⁸

Obendrein spielt sich die agonale Demokratietheorie bei Mouffe nur in zwei von drei (beziehungsweise vier) Gewalten ab: Die Judikative und die Medien werden in Mouffes Ansatz nicht besonders thematisiert, obwohl beide Institutionen wichtige Instanzen für westlich-liberale Demokratien darstellen. Mouffes Fokus auf die Legislative und deren enge Verzahnung mit der Exekutive scheint alle anderen Gewalten in einer Demokratie zu überdecken. Die *Verrechtlichung von Politik* und die zunehmende Relevanz von Gerichten für politische Entscheidungsprozesse – national wie international – gilt es jedoch für demokratische Prozesse und das Austragen von Konflikten zu beachten (vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2009; Kreide/Niederberger 2008).

Ebenso verhält es sich mit den Medien, der vermeintlich *vierten Gewalt* in Demokratien. Auch diese sind, so scheint es bei Mouffe, reine Artikulationskanäle, die informieren und alle Positionen abbilden, die öffentlich geäußert werden, sofern sie die normative Schranke nicht überschreiten. Auch wenn Mouffe gegenüber deliberativen Demokratietheorien festhält, dass „the free and unconstrained public deliberation of all on matters of common concern is a conceptual impossibility“ (Mouffe 2000: 98), geht sie nicht den Schritt weiter und theoretisiert die Konfliktverhältnisse, die in der Medienarena bestehen. Sie scheint auf theoretischer Ebene nicht zu problematisieren, welche Hürden und Schwierigkeiten es gibt, gegenhegemoniale Positionen öffentlich zu äußern, und als Akteur von anderen politischen Akteuren gesehen und angehört zu werden. Ebenso wenig bedenkt sie medien-interne Agenden und die politisch-ideologischen Positionen der Medien, welche in der empirischen Medienforschung vielfach untersucht werden (vgl. Eilders 2002; Hallin/Mancini 2004; Salgado/Nienstedt 2016).

Die Dominanz eines Neoliberalismus und die fehlende Links-Rechts-Verortung von Parteien kreiere ein Identifikationsvakuum für die Menschen und so würden sie sich von den Parteien und der Demokratie abwenden. Daher gelte es, gegen die neoliberale Hegemonie Stellung zu beziehen und öffentlich einen agonistischen Pluralismus zu fordern. Ihre fehlende Auseinandersetzung mit der Medienarena unterschätzt schließlich die Komplexität und Umkämpftheit des institutionellen Gefüges westlich-liberaler Demokratien.

8 Das überrascht auch insofern, als dass sie mit Ernesto Laclau in *Hegemony and Socialist Strategy* nachdrücklich unterstreicht, dass es keine a priori Festlegung auf eine spezifische politische oder soziale Sphäre geben sollte, in denen Antagonismen ausgetragen werden (vgl. Laclau/Mouffe 2014: 164). Und auch etwas später in *The Return of the Political* schreibt Mouffe (1993: 3): „the political cannot be restricted to a certain type of institution, or envisaged as constituting a specific sphere or level of society. It must be conceived as a dimension that is inherent to every human society and that determines our very ontological condition“. Nichtsdestotrotz betont sie die Rolle von Parteien, „[which] can play an important role in giving expression to social division and the conflict of wills“ (Mouffe 1993: 5). Der Fokus auf Parteien zeigt sich hier bereits und steht partiell im Konflikt mit der vorherigen ontologischen Prämisse.

Nimmt man beide geäußerten Aspekte ernst, dann zeigen sich in Mouffes Ansatz nicht nur unscharfe Formulierungen im Hinblick auf Institutionen im Allgemeinen, sondern auch die fehlende Konzeption von agonalen Institutionen im Besonderen.

Bisher wurde gezeigt, dass Mouffe zwar Demokratie agonal denkt, doch die demokratischen Institutionen selbst wenig theoretisiert. Vielmehr hat Mouffe ein unspezifisches Institutionenverständnis, obwohl Institutionen für das Austragen von Konflikten zwischen GegnerInnen zentral sind. Daher wurde dargelegt, dass Institutionen bei Mouffe bloß Artikulationskanäle darstellen, die verschiedenen Positionen und Alternativen Raum geben. Was Mouffes Ansatz damit verschweigt, ist die *Agonalität in den Institutionen*. Die Institutionen selbst sind agonal und durch Machtkämpfe, Hegemonien und unterschiedliche Positionen strukturiert. Sie sind durch gesellschaftliche Kämpfe strukturiert und bilden diese zu einem gewissen Teil in ihren inner-institutionellen Arrangements ab. Wenn also Mouffe fordert, Institutionen zu nutzen oder gar zu schaffen, dann sind dies keine Gebilde, die bloß „Antagonismen Raum geben“ (Hildebrand/Séville 2015: 39), sondern diese tragen selbst bereits Antagonismen in sich. Parteien, Medien oder Gerichte sind weder unitarische Akteure, die eine Position einheitlich und dauerhaft vertreten, noch bleiben Institutionen durch die in ihnen ausgetragenen Konflikte unverändert. Es finden Konflikte innerhalb dieser Institutionen statt und durch die hegemonialen Kämpfe in ihnen transformieren sich die Institutionen schließlich selbst. Diese Konflikte und Kämpfe laufen mehrheitlich gewaltfrei ab und führen nur in äußerst seltenen Fällen dazu, den Opponenten als *Feind* wahrzunehmen, der eliminiert werden soll. Vielmehr stehen sich in Form von verschiedenen Ideen, Positionen und Gruppen GegnerInnen im Mouffe'schen Sinne gegenüber, die kaum miteinander versöhnlich sind, sich aber als agonal akzeptieren und als legitime Gegenspieler wahrnehmen. Verschiedene Akteure innerhalb einer Institution folgen unterschiedlichen Positionen und ringen um die inner-institutionelle Hegemonie, welche sie dann als *die* Parteiposition präsentieren. Die Parteiposition mag aber eine andere sein als die der Fraktion oder herausragender ParteipolitikerInnen und mag auch abweichend sein von verschiedenen Parteiflügeln oder dem Jugendverband der Partei. Trotz dieser Mannigfaltigkeit von Akteuren und Positionen schlägt Mouffe vor, in die Partei zu gehen und Forderungen und Lösungen zu artikulieren.

Auch das Parlament als genuin politische Institution ist von Agonalität durchzogen. Es gibt verschiedene Konfliktlinien und Kämpfe, die jenseits der maßgebenden Regierung-Oppositionslinie ausgetragen werden: So zum Beispiel die Anzahl der Vize-BundestagspräsidentInnen, welche je nach Parteienkonstellation stark variiert und keiner festen Regelung folgt, die Nichtanwesenheit von Fraktionsmitgliedern, um Abstimmungen zu verzögern oder zu verhindern oder die für zahlreiche Parlamente existierende Sperrklausel. Die bundesdeutsche Fünfprozenthürde etwa verhindert, dass kleinere Parteien in den Bundestag einziehen und kann ebenso als hegemoniale Entscheidung gegenüber entstehenden Gegenhegemonien gedeutet werden. Es werden administrative Prozesse in demokratischen Institutionen genutzt, um die Hegemonie zu stabilisieren, um eine mögliche *Zersplitterung* des parlamentarischen Parteiensystems zu verhindern und eine stabile Mehrheitsbildung zu ermöglichen.⁹

9 Parteien- und Wahlsystem hängen eng miteinander zusammen, weswegen das Parlament nicht nur vom Parteiensystem und der Sperrklausel geprägt ist, sondern auch vom Wahlsystem, welches zum Beispiel in einem Mehrheitswahlsystem kleinere Parteien bei der Erringung von Mandaten stärker benachteiligt. Auch diese Wahlsystemregulierungen und -prozeduren sollten nicht bloß als Techniken und administrative

Diese bestehenden *inner-institutionellen* Exklusionsmechanismen und Machtkämpfe werden von Mouffes agonaler Theorie nicht thematisiert. Mouffe müsste bedenken, dass die Institutionen internen Konflikten unterliegen, die sie selbst mit hervorbringen, und dass diese daher verändert werden müssten, um gegenhegemoniale Projekte zu ermöglichen und die bestehende Ordnung herauszufordern.

Wie lassen sich diese gemachten Einwände stärker theoretisieren? Ich schlage vor, dass die neo-poulantzianische Analyse des Staates die Leerstelle in Mouffes Theorie füllen kann, um die Agonalität von Institutionen zu verstehen. Ich werde nachfolgend den Ansatz umreißen, bevor ich Anknüpfungspunkte für die agonale Demokratietheorie skizziere.

3. Agonale Institutionen mit der materialistischen Staatstheorie denken

Neo-poulantzianische Staatsanalysen knüpfen an die Arbeiten von Nicos Poulantzas aus den Siebziger Jahren an und firmieren in ihrer Weiterentwicklung auch als materialistische Staatstheorie (vgl. Buckel et al. 2014; Demirović et al. 2010). Grundlegend hierfür ist das Verständnis, dass der Staat Teil der gesellschaftlichen Sphäre ist. Damit ist der Staat weder äußerlich zur Gesellschaft, noch ist er ein handelndes Subjekt. Der Staat ist vielmehr eine historisch kontingente Formation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, die sich in Institutionen und Apparaten materialisieren. Das staatliche Gefüge wird relational verstanden. Wie es im zentralen Satz von Poulantzas (2002: 159) heißt, wird der Staat „als ein Verhältnis [begriffen], genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“.

Neben der politischen Dimension, gibt es auch noch die ökonomische und ideologische Dimension, die sich durch die gesellschaftlichen Verhältnisse ziehen. Alle drei Dimensionen sind miteinander verknüpft und Teil der Klassenkämpfe, die den Staat durchdringen. Damit sind sie in die institutionellen Arrangements eingeschrieben und Teil widersprüchlicher politischer Handlungslogiken und widerstreitender Politiken. Nichtsdestotrotz besitzt der Staat eine „relative Autonomie“ (Kannankulam/Georgi 2014: 62; Poulantzas 2002: 167; Wissel/Wöhl 2008: 10), weil er die Widersprüche nicht löst, sondern verhandelt und reguliert. Der Staat ist nicht offen für alle möglichen Positionen und Akteure, sondern der Zugang zu Entscheidungsprozessen ist selektiv und hängt von Machtverhältnissen und politischen Strategien ab (vgl. Jessop 2006: 113 f.). Der Staat wird:

„nicht als neutraler Akteur begriffen [...]. Kapitalistische Gesellschaften sind vielmehr von antagonistischen Interessen durchzogen, die sich immanent nicht auflösen lassen. [...] Da der bürgerliche Staat sich weder ohne diese Widersprüche konstituiert noch ohne sie zu verstehen ist, bilden sie im Rahmen ihrer Prozesshaftigkeit in gewisser Weise den Ausgangspunkt der materialistischen Staatstheorie“ (Wissel/Wöhl 2008: 11).

Jede Institution im Staat ist von verschiedenen Fraktionen durchzogen, welche um die Hegemonie im Staat ringen. Der Staat wird als „strategisches Feld und strategischer Prozess“ (Poulantzas 2002: 167) begriffen, in dem durch verschiedene staatliche Institutionen

Ordnungen verstanden werden, sondern als Manifestationen politischer Kämpfe und inner-institutioneller Konflikte.

Konflikte ausgetragen werden, in denen sich je nach Konstellation verschiedene Gruppen durchsetzen (Demirović 2008: 38 ff.).¹⁰ Diese Varianz in der Konstellation der herrschenden Gruppe macht die Perspektive von Poulantzas zwar einerseits anknüpfungsfähig für verschiedene Analysen des Staates, doch wie Demirović (2008: 41) aufzeigt, kann diese andererseits nicht erklären, wie sich eine spezifische Politik als allgemeine Politik des Staates durchsetzt, wie es also dazu kommt, dass gerade diese hegemonial wurde (und nicht eine andere). Deshalb wird auf Gramscis Zivilgesellschaftskonzeption zurückgegriffen und angenommen, dass die Zivilgesellschaft Teil des Staates und Ort hegemonialer Kämpfe ist. Dieser Part staatlicher Herrschaft kann anhand der verschiedenen Praktiken, Diskurse und Bündnisse von Akteuren analysiert werden. Es kann auch gefragt werden, wie Kompromisse und Hegemonien im Staat entstehen und sich festigen, denn Hegemonien sind stets nur relativ stabil und können durch neue (oder alte) Konflikte brüchig werden (vgl. Demirović 2008: 41 f.; Kannankulam/Georgi 2014: 61 f.).

Mit der kritischen Perspektive auf Staat und Politik ist eine explizit normative Position verbunden, die sich herrschaftskritischen und emanzipatorischen Praktiken verschreibt, um die bestehenden Machtverhältnisse zu verändern.¹¹ Adressat und Akteur dieser Praktiken sind subalterne Gruppen in der Gesellschaft. An diese Gruppen werden teilweise Zugeständnisse von Seiten des Staates gemacht, weil sie gewisse Strategien und Positionen vertreten, welche nicht vollständig ignoriert werden können. Wie Brand et al. (2007: 225) ausführen:

„Der Staat selbst ist ein Terrain sozialer Auseinandersetzungen, auf dem verschiedene soziale Kräfte um die Verallgemeinerung ihrer Interessen und Wertvorstellungen bzw. die Anerkennung ihrer sozialen Identitäten (als MigrantInnen, als Homosexuelle etc.) kämpfen. Diese Verallgemeinerung findet in Form von Gesetzen, Rechtssprechung, der Art und Weise der Ressourcenmobilisierung, über Diskurse oder als kulturelle Anerkennung statt.“

Wie und warum genau dies geschieht, zu diesem Zeitpunkt, an diesem Ort, sind für die materialistische Staatstheorie historisch kontingente Fragen und bedürfen der empirischen Untersuchung (vgl. Demirović 2008: 39 f.; Wissel/Wöhl 2008: 10 ff.).

10 In den letzten zwei Dekaden hat sich die materialistische Staatstheorie zunehmend transnationalen Prozessen gewidmet und versucht, grenzüberschreitende ökonomische Interdependenzen, internationale Institutionen und transnationale NGOs sowie die durch diese Prozesse ausgelösten Veränderungen des Staates in einzelnen Politikfeldern zu erfassen. Diese Arbeiten konstatieren eine *Internationalisierung des Staates* (vgl. unter anderem Brand et al. 2007; Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014) und knüpfen an erste Überlegungen Poulantzas aus den Siebzigern an (Poulantzas 1974).

11 Poulantzas hebt in seinen Schriften hervor, dass die *Volkskämpfe* sich im Staat abspielen und damit in die staatlichen Institutionen eingeschrieben sind. Sie führen jedoch nicht zwangsläufig zur Revolution, sondern versuchen marginalisierten Gruppen eine Stimme zu geben, kritisieren die Verarmung oder bringen neue Konfliktkonstellation hervor, wie zum Beispiel die Frauen- oder Umweltbewegung (vgl. Poulantzas 2002: 240 ff.). Inwiefern die revolutionären Aspekte der Theorie in den neueren neo-poulantzianischen Arbeiten relevant sind und wie sich diese mit Mouffes Begrenzung auf westlich-liberale Demokratien verträglich, kann hier nicht umfassend beantwortet werden. Ich würde vorläufig zwischen einer eher revolutionären und einer eher reformistischen Lesart unterscheiden. So hat Mouffe noch mit Laclau betont, dass „every project for radical democracy implies a socialist dimension, as it is necessary to put an end to capitalist relations of production [...]“ (Laclau/Mouffe 2014: 162). Dies wäre gar nicht so weit von Poulantzas Forderung nach einer Demokratisierung von Gesellschaft, Ökonomie und Politik entfernt (vgl. Poulantzas 2002: 244 f., 276 f.). Nichtsdestotrotz werden auch reformistische Ideen der Transformation von Demokratie innerhalb der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in beiden Ansätzen thematisiert (vgl. Mouffe 1993: 90–101; Jessop 2010: 47 f.; Oppelt 2014b: 265 f.).

Bezieht man die obigen Ausführungen auf Mouffes Demokratieansatz, lassen sich zwei Anknüpfungspunkte identifizieren: *Erstens* das geteilte Verständnis von Politik als Konfliktaustragung und *zweitens* der Fokus der materialistischen Staatstheorie auf wirtschaftliche Prozesse, die bei Mouffe kaum theoretisiert werden.

Erstens haben beide Ansätze ein konfliktives Politikverständnis. Konflikte prägen die Gesellschaft und das Politische, wobei diese Konflikte nicht aufgelöst werden können. Die materialistische Staatstheorie betont, dass Institutionen nicht nur die Funktion haben, Konflikte zu kanalisieren, sondern dass die Konflikte die Institutionen auch formen und verändern. Dabei gibt es nicht einen (marxistischen) Hauptwiderspruch, sondern die materialistische Staatstheorie betont, ebenso wie Mouffe, die Vielfältigkeit der Kräfteverhältnisse und die Umkämpftheit von etablierten Hegemonien. Selbst in Hegemonien würden sich Konflikte zeigen, da verschiedene Akteure um die Deutungshoheit ringen. Wie Demirović et al. (2010: 17) festhalten, ist es „Poulantzas Verdienst, zu einem relationalen, nicht-fundationalistischen Verständnis des Staates beigetragen zu haben. Formen der Politik, Inhalte oder Akteure sind den Relationen, die den Staat ausmachen, nicht mehr vorgängig“. Damit teilen Mouffes agonale Demokratietheorie und die materialistische Staatstheorie zentrale Erkenntnisse. Letztere betont mit den Kräfteverhältnissen im Staat die Institutionendimension stärker. Anstatt wie Mouffe Institutionen bloß als Räume oder Artikulationskanäle von Konflikten zu verstehen, wird die Agonalität der Institutionen selbst theoretisiert. Deren Konstitution und Funktionsweise wird als kontingentes Ergebnis der Konflikte verstanden, ohne den staatlichen Institutionen eine unitarische Position zuzuschreiben oder sie als autonom im Staat zu begreifen.

Der Fokus auf Konflikte im politischen Geschehen wird in der materialistischen Staatstheorie noch durch die Nutzung des Gramscianischen Hegemoniebegriffs betont, da verschiedene Akteure und Institutionen um die Hegemonie im Staat ringen. Daran anschließend wurde jüngst zwischen *Hegemonieprojekten* und *hegemonialen Projekten* unterschieden. Während erstere noch nicht hegemonial gewordene Projekte sind, sind letztere bereits „aktiv“ (Buckel et al. 2014: 44 ff.). Nutzt man diese Unterscheidung für Mouffes Demokratietheorie lässt sich eine Pluralität von hegemonialen Kämpfen denken. Nicht um *eine* Hegemonie wird gerungen, sondern verschiedene aktive und entstehende Projekte versuchen hegemonial zu werden. Indem verschiedene Stadien der Hegemonie unterschieden werden, ließe sich auf Machtdifferenzen und Diskursverschiebungen eingehen. Damit ergibt sich ein Instrumentarium, um die (diskursiven) Kämpfe um Hegemonie in westlich-liberalen Demokratien analytisch genauer zu fassen.

Zweitens kann die materialistische Staatstheorie zur agonalen Demokratietheorie Mouffes eine Analyse ökonomischer Prozesse beitragen. Bei Mouffe fungiert die Kritik am Neoliberalismus als Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus in liberalen Demokratien und an der ökonomischen Globalisierung. Dabei spezifiziert sie jedoch ihre Kritik nicht, sondern spricht immer nur allgemein von den neoliberalen Auswirkungen auf Politik, Kultur und Gesellschaft.¹² Begrifflich wird von Mouffe die ökonomische Sphäre nur ungenau und als etwas zum Staat Äußerliches gefasst.¹³

12 In *Agonistics* spricht Mouffe auch von „post-fordist capitalism“ (unter anderem Mouffe 2013: XIV), ohne diesen Begriff näher zu bestimmen und kritisiert die Austeritätspolitik in der EU (vgl. Mouffe 2013: 58 ff.).

13 So kritisiert Mouffe (2013: 61) den Fokus auf Freihandel anhand von Unternehmensentscheidungen, denen die Staaten scheinbar ausgeliefert sind: „One of the consequences of the free-trade dogma has been that many big corporations have stopped producing based on domestic demand and have oriented their

Der Klassendeterminismus und der Ökonomie-Essentialismus marxistischer Theorien wurden von Laclau und Mouffe als überholt und wenig analytisch rekonstruiert und daher *ad acta* gelegt (vgl. Laclau/Mouffe 2014). Damit scheint jegliche ökonomische Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse aufgegeben worden zu sein und jede Beziehung wird als Antagonismus, und damit als ‚das Politische‘, gedeutet. Die ökonomische Sphäre wird für Mouffe zu etwas wenig Greifbarem, was durch demokratische Politik zwar reguliert werden kann, was aber seit Ende der Neunziger Jahre nur noch im Sinne des Neoliberalismus geschieht. Diese Politik müsste beendet werden, damit Demokratie agonal funktionieren kann – mit dem Ziel *Gleichheit und Freiheit für alle* praktisch umzusetzen.

Poulantzas weist hingegen darauf hin, dass Staat und Ökonomie kein äußerliches Verhältnis haben. Die Vorstellung, dass der Staat in die Ökonomie *interveniere* lehnt er ab, da Staat und Kapitalismus miteinander verflochten sind und sich je nach Konstellation veränderte staatliche und ökonomische Räume ergeben. Zudem bildet der Staat ökonomische Institutionen aus, die zur Spezialisierung von ökonomischem Wissen beitragen. Ökonomische Prozesse sind immer schon Teil des staatlichen Arrangements und *vice versa* (vgl. Poulantzas 2002: 192–203).

Nichtsdestotrotz, und darauf weisen aktuelle Arbeiten zur materialistischen Staatstheorie hin, müssen die ökonomische und politische Dimension mit der kulturellen Dimension verbunden werden. So merkt Ulrich Brand (vgl. 2010: 102 f.) an, dass Ökonomie und Staat in bestimmte Wissensverhältnisse eingebettet sind und somit gesellschaftliche Relevanz besitzen. Ebenso zeigen Stephan Adolphs und Serhat Karakayali (2010) die Schnittstellen zwischen Foucault’scher Diskursanalyse und Poulantzas Staatstheorie auf, wobei sie auf den schon angesprochenen Wissensaspekt eingehen. Poulantzas denkt demnach die kapitalistischen Verhältnisse immer auch als Wissensordnungen, die beständig im Konflikt stehen sowie produziert und reproduziert werden müssen. Wie die Autoren hervorheben, existieren verschiedene Diskurse im Staat, da es auch verschiedene Institutionen gibt, die unterschiedliches Wissen schaffen.

Überträgt man die Pluralität von Wissen und Diskursen auf die Mouffe’sche Theorie und ihr Verständnis von Institutionen, dann lassen sich die Institutionen in der agonalen Demokratietheorie als Wissensordnungen verstehen. Diese folgen einer gewissen Eigenlogik, sind jedoch nie gänzlich widerspruchsfrei und stehen im ständigen Konflikt mit anderen Wissensordnungen um die diskursive Hegemonie im Staat. Dabei spielen ökonomische Fragen ebenso eine Rolle wie kulturelle und politische. Mit Poulantzas und Mouffe ließen sich damit folgende Fragen stellen: Welche Fraktionen haben sich wie gesellschaftlich und wie politisch durchgesetzt, um neoliberale Ideen zu institutionalisieren? Welche Konfliktparteien stehen sich innerhalb *hegemonialer Projekte* gegenüber und auf welche unterschiedlichen Positionen und Wissensordnungen haben sie sich bezogen? Warum gab es so wenig Widerstand gegen die *Neoliberalisierung* und wie lassen sich die gegenwärtigen Protestbewegungen erklären (vgl. unter anderem Buckel 2012; Kannankulam/Georgi 2014)?¹⁴

production towards exportation. [...] In the countries where the enterprises are located, the sectors controlled by the multinationals are not concerned with the domestic market and with the need to maintain a certain level of local employment in order to sell their products. Their objective is to find the cheapest possible workforce so as to maximize their profits. This has led them to favour the delocalizations that have contributed to a growing level of unemployment in several countries“.

14 Es gibt zudem Überlegungen, die materialistische Staatstheorie um geschlechter- und migrationstheoretische Konzepte zu erweitern, um intersektionale Machtverhältnisse zu erfassen (vgl. Buckel 2012; Lud-

4. Fazit: Agonale Institutionen denken

Chantal Mouffes Ansatz, antagonistische Kräfte in der Gesellschaft durch die Institutionen westlich-liberaler Demokratien in agonistische Kräfte transformieren zu können und *Gleichheit und Freiheit für alle* als praktisch-politische Ideale zu stärken, hat zu einer lebhaften Debatte in der Demokratietheorie geführt. Mein Ausgangspunkt war daher die nähere Analyse von Mouffes Institutionenverständnis in der agonalen Demokratietheorie. Mouffe begreift den Staat zwar im Allgemeinen als konfliktiv und basierend auf sozialen Kämpfen und Machtverhältnissen. Wenn es jedoch um die Rolle und Funktionsweise von demokratischen Institutionen im Staat geht, theoretisiert Mouffe diese nicht weiter. Ich habe aufgezeigt, dass Mouffes Verständnis unzureichend ist und sich mehr Konflikte, Kämpfe und Machtverhältnisse in Institutionen zeigen, als sie annimmt. Daher müssen die Institutionen selbst als agonal begriffen werden. Institutionen sind nicht nur Orte politischer und sozialer Kämpfe, sondern werden durch diese auch geformt und hervorgebracht. Unter Hinzuziehung der materialistischen Staatstheorie habe ich dargestellt, wie sich Institutionen theoretisieren lassen und welche Konsequenzen sich für Mouffes Demokratietheorie ergeben.

Die neo-poulantzianische Staatsanalyse betont die Verwobenheit sozialer Verhältnisse mit den politischen und begreift den Staat als eine Verdichtung materieller Kräfteverhältnisse verschiedener Klassen. Die institutionellen Apparate sind von diesen Verhältnissen maßgeblich durchzogen und je nach Machtverhältnissen verändert sich die Akteurskonstellation im Staat, welche von Konflikten und Widersprüchen geprägt ist. Diese Konfliktzentrierung lässt sich mit Mouffes Ansatz verbinden und betont die Einschreibung von Kräfteverhältnissen in die Institutionen. Kämpfe prägen Institutionen und Institutionen sind ein aktiver Teil dieser Auseinandersetzungen –, und nicht nur passive Rahmenbedingungen, die Konflikte kanalisieren und „legitime agonistische Artikulationsmöglichkeiten“ schaffen (Mouffe 2010: 30). Wie Adolphs und Karakayali (2010) darlegen, können Institutionen mit Poulantzas als Wissensordnungen verstanden werden. Diese diskurstheoretische Deutung Poulantzas ist ein Anknüpfungspunkt für Mouffes agonale Demokratietheorie, um Institutionen agonal im Sinne umkämpfter Wissensordnungen zu begreifen.

Zudem beziehen sich agonale Demokratietheorie und materialistische Staatstheorie auf Gramscis Hegemoniekonzept, wobei dieses bei Mouffe aktuell kaum noch theoretisch relevant zu sein scheint. Mit der Neu-Aneignung und einer Verbindung mit dem Zivilgesellschaftskonzept Gramscis ließe sich Mouffes Ansatz für aktuelle Protestbewegungen und Krisensituationen klarer fassen. Wenn Mouffe stärker bedenkt, wie Zivilgesellschaft und Staat miteinander verbunden sind und wie sich daraus *Hegemonieprojekte* und *hegemoniale Projekte* kreieren, lassen sich die agonalen Verhältnisse genauer politisch denken. Dieses, aus der neueren materialistischen Staatstheorie abgeleitete, plurale Hegemonieverständnis würde die Agonalität in Demokratien unterstreichen. Es wäre festzuhalten, dass es verschiedene Hegemonieprojekte gibt, die jeweils im Staat um die dominante Position ringen. Verschiedene Institutionen wie die Medien, das Parlament oder die Polizei spielen dabei eine Rolle und versuchen ihre eigene Wissensordnung hegemonial werden

wig/Sauer 2010; Wagner 2008). Da diese auch bei Mouffe kaum eine Rolle spielen, böte sich ein weiterer konstruktiver Dialog an – jüngst hat Gabriele Wilde (2014) eine Kombination aus feministischer Theorie und agonaler Demokratietheorie vorgeschlagen.

zu lassen. Da diese Institutionen jedoch stets von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt sind, spiegeln sich in ihnen auch die Widersprüche der Gesellschaft.

Die Verbindung aus agonaler Demokratietheorie und neo-poulantzianischer Staatsanalyse liefert einen Beitrag, dem komplexen Zusammenspiel aus Institutionen, Demokratie und Staat nachzuspüren, und zeigt, dass verschiedene Theorien in produktiven Dialog treten können. Zukünftig ließe sich nicht nur über demokratische Institutionen im Nationalstaat nachdenken, sondern, da beide Ansätze sich auch transnationalen Prozessen zuwenden, auch die Verbindung für die internationale Ebene prüfen. Eine Institutionenanalyse der Europäischen Union aus Sicht der agonalen Demokratietheorie und materialistischer Staatstheorie wäre beispielsweise ein erster Anknüpfungspunkt, um die Agonalität in europäischen Institutionen zu untersuchen. Überdies können weitere Theorievergleiche und -kombinationen dazu beitragen, verschiedene Demokratieverständnisse auf ihre Stärken und Schwächen zu prüfen und damit die Grenzen und Herausforderungen in Demokratien auszuloten.

Literatur

- Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat, 2010: Zum Verhältnis von Wissen und Macht in der Staatstheorie von Poulantzas. In: Alex Demirović / Stephan Adolphs / Serhat Karakayali (Hg.), *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden, 151–171. <https://doi.org/10.5771/9783845221038-151>
- Balibar, Étienne, 2012: *Gleichfreiheit: Politische Essays*, Berlin.
- Beckstein, Martin, 2011: The Dissociative and Polemical Political: Chantal Mouffe and the Intellectual Heritage of Carl Schmitt. In: *Journal of Political Ideologies* 16, 33–51. <https://doi.org/10.1080/13569317.2011.540941>
- Brand, Ulrich, 2010: Globalisierung als Krise des Fordismus und ihrer Überwindung. Poulantzas' Überlegungen zur Internationalisierung von Politik und Ökonomie. In: Alex Demirović / Stephan Adolphs / Serhat Karakayali (Hg.), *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden, 97–114. <https://doi.org/10.5771/9783845221038-97>
- Brand, Ulrich / Görg, Christoph / Wissen, Markus, 2007: Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: *Prokla* 37, 217–234.
- Buckel, Sonja, 2012: „Managing Migration“ – Eine intersektionale Kapitalismusanalyse am Beispiel der Europäischen Migrationspolitik. In: *Berliner Journal für Soziologie* 22, 79–100. <https://doi.org/10.1007/s11609-012-0179-y>
- Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas, 2009: Gramsci Reconsidered: Hegemony in Global Law. In: *Leiden Journal of International Law* 22, 437–454. <https://doi.org/10.1017/S0922156509990033>
- Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens, 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.), *Kämpfe um Migrationspolitik: Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld, 15–84.
- Demirović, Alex, 2008: Zu welchem Zweck und auf welche Weise den Staat kritisieren. In: Jens Wissel / Stefanie Wöhl (Hg.), *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen: Analyse und Kritik*, Münster, 24–47.
- Demirović, Alex / Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat, 2010: Einleitung. In: Dies. (Hg.), *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden, 9–18.
- Eilders, Christiane, 2002: Conflict and Consonance in Media Opinion. Political Positions of Five German Quality Newspapers. In: *European Journal of Communication* 17, 25–63. <https://doi.org/10.1177/0267323102017001606>
- Flügel-Martinsen, Oliver, 2013: Demokratie und Dissens. Zur Kritik konsenstheoretischer Prämissen der deliberativen Demokratietheorie. In: Hubertus Buchstein (Hg.), *Die Versprechen der Demokratie:*

25. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Baden-Baden, 333–345. <https://doi.org/10.5771/9783845245966-333>
- Flügel-Martinsen, Oliver / Marchart, Oliver, 2014: Editorial der Gastherausgeber: Chantal Mouffe in der Diskussion. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 5, 197–202. <https://doi.org/10.3224/zpth.v5i2.17121>
- Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“, 2014 (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik: Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld.
- Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo, 2004: *Comparing Media Systems: Three Models of Media and Politics*, Cambridge.
- Hansen, Allan D. / Sonnichsen, André, 2014: Radical Democracy, Agonism and the Limits of Pluralism: An Interview with Chantal Mouffe. In: *Distinktion: Scandinavian Journal of Social Theory* 15, 263–270.
- Hildebrand, Marius / Séville, Astrid, 2015: Populismus oder agonale Demokratie? Bruchlinien der theoretischen Symbiose von Laclau und Mouffe. In: *Politische Vierteljahresschrift* 56, 27–43. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2015-1-27>
- Howarth, David R., 2008: Ethos, Agonism and Populism: William Connolly and the Case for Radical Democracy. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 10, 171–193. <https://doi.org/10.1111/j.1467-856x.2007.00308.x>
- Jessop, Bob, 2006: State and State-Building. In: Roderick A. W. Rhodes / Sarah A. Binder / Bert A. Rockman (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Institutions*. 5. Auflage, Oxford, 111–130.
- Jessop, Bob, 2010: Politische Ökonomie, Politische Ökologie und Demokratischer Sozialismus. In: Alex Demirović / Stephan Adolphs / Serhat Karakayali (Hg.), *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden, 35–51. <https://doi.org/10.5771/9783845221038-35>
- Jörke, Dirk, 2004: Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe. In: Oliver Flügel / Reinhard Heil / Andreas Hetzel (Hg.), *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*, Darmstadt, 164–184.
- Kannankulam, John / Georgi, Fabian, 2014: Varieties of Capitalism or Varieties of Relationships of Forces? Outlines of a Historical Materialist Policy Analysis. In: *Capital & Class* 38, 59–71. <https://doi.org/10.1177/0309816813513088>
- Kapoor, Ilan, 2002: Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism? The Relevance of the Habermas-Mouffe Debate for Third World Politics. In: *Alternatives: Global, Local, Political* 27, 459–487. <https://doi.org/10.1177/030437540202700403>
- Kreide, Regina / Niederberger, Andreas, 2008 (Hg.): *Transnationale Verrechtlichung: Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik*, Frankfurt (Main).
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal, 2014: *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. 2. Auflage, London.
- Ludwig, Gundula / Sauer, Birgit, 2010: Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie. In: Alex Demirović / Stephan Adolphs / Serhat Karakayali (Hg.), *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden, 173–188. <https://doi.org/10.5771/9783845221038-173>
- Marchart, Oliver, 2013: *Das unmögliche Objekt: Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*, Berlin.
- Mouffe, Chantal, 1993: *The Return of the Political*, London.
- Mouffe, Chantal, 2000: *The Democratic Paradox*, London.
- Mouffe, Chantal, 2007: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Martin Nonhoff (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie: Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 41–54. <https://doi.org/10.14361/9783839404942-003>
- Mouffe, Chantal, 2010: *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*, Bonn.
- Mouffe, Chantal, 2013: *Agonistics: Thinking the World Politically*, London.
- Nonhoff, Martin, 2007: Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung. In: Ders. (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie: Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 7–23.

- Oppelt, Martin, 2014a: Der Kampf gegen Hegemonien vermag ein Menschenherz ausfüllen. Eine kurze Einführung in das Werk Chantal Mouffes. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 5, 253–262. <https://doi.org/10.3224/zpth.v5i2.17125>
- Oppelt, Martin, 2014b: “Thinking the World Politically”. An interview with Chantal Mouffe. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 5, 263–277. <https://doi.org/10.3224/zpth.v5i2.17126>
- Poulantzas, Nicos, 1974: Internationalisation of Capitalist Relations and the Nation-State. In: *Economy and Society* 3, 145–179. <https://doi.org/10.1080/03085147400000008>
- Poulantzas, Nicos, 2002: *Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Neuausgabe von 1978, Hamburg.
- Priester, Karin, 2012: Die Stunde der Entscheidung. Radikale Linke im Geiste Carl Schmitts. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 57, 108–119.
- Rzepka, Vincent / Straßenberger, Grit, 2014: Für einen konfliktiven Liberalismus. Chantal Mouffes Verteidigung der liberalen Demokratie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 5, 217–233. <https://doi.org/10.3224/zpth.v5i2.17123>
- Salgado, Susana / Nienstedt, Heinz-Werner, 2016: Euro Crisis and Plurality: Does the Political Orientation of Newspapers Determine the Selection and Spin of Information? In: *European Journal of Communication* 31, 462–478. <https://doi.org/10.1177/0267323116659977>
- Stäheli, Urs, 2009: Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: André Brodocz / Gary S. Schaal (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart II: Eine Einführung*. 3. Auflage, Opladen, 253–284.
- Tambakaki, Paulina, 2009: Cosmopolitanism or agonism? Alternative visions of world order. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 12, 101–116. <https://doi.org/10.1080/13698230902738619>
- Tsakatika, Myrto, 2007: Governance vs. politics: The European Union’s constitutive ‘democratic deficit’. In: *Journal of European Public Policy* 14, 867–885. <https://doi.org/10.1080/13501760701497840>
- Wagner, Fabian, 2008: Nation-State Unbound? Die migrationstheoretische Herausforderung. In: Jens Wissel / Stefanie Wöhl (Hg.), *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen: Analyse und Kritik*, Münster, 87–103.
- Wilde, Gabriele, 2014: Der Kampf um Hegemonie. Potentiale radikaler Demokratie aus feministisch-theoretischer Perspektive. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 5, 203–216. <https://doi.org/10.3224/zpth.v5i2.17122>
- Wissel, Jens / Wöhl, Stefanie, 2008: *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen: Einleitung*. In: Dies. (Hg.), *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen: Analyse und Kritik*, Münster, 7–22.

